



GRÜNE-MV.DE

An
Flüchtlingsrat Mecklenburg–Vorpommern e.V.
Postfach 11 02 29
19002 Schwerin

Landesgeschäftsstelle M-V
Gaußstr. 5, 19055 Schwerin
Fax 0385/5574-229
www.gruene-mv.de

Dominik Schuldt
dominik.schuldt@gruene-mv.de

Schwerin, den 07.08.2021

Lieber Flüchtlingsrat, Liebe mitzeichnenden Initiativen, Liebe Mitgliedsverbände
des Flüchtlingsrates,

vielen Dank für Euer Positionspapier zur Gemeinschaftsunterbringung von Geflüchteten.
Aber auch vielen Dank für Euer Engagement für die Rechte von Geflüchteten.

Vieles von dem was ihr als Forderungen zusammengefasst habt können wir
unterschreiben. Gerne würden wir uns mit euch gemeinsam für eine andere Art der
Unterbringung von Geflüchteten einsetzen. Für eine Art der Unterbringung, die Geflüchtete
als Menschen und nicht als Belastung sieht. Als GRÜNE setzen wir uns schon lange für die
schnellstmögliche dezentrale Unterbringung ein. Die Pandemie hat nochmal gezeigt, wie
wichtig und richtig diese Forderung grade bei vulnerabeln Gruppen ist. Wir wünschen uns
das in Zukunft, bei der Planung von Gemeinschaftsunterkünften Menschenrechte und die
Integration von Geflüchteten im Vordergrund stehen.

Gemeinschaftsunterkünfte, sowie auch Erstaufnahmen sollten unserer Meinung nach zentraler liegen. Denn Geflüchtete haben auch das Recht auf Zugang zur Gesellschaft. Nicht selten erhöht dieser Zugang auch die Bleibeperspektiven, da Beratungsangebote in der Fläche zu schwach ausgebaut sind. Aber er sorgt auch dafür, dass wir Menschen, die häufig Grausames in ihrer Vergangenheit erleben mussten, durch Isolation nicht weiter traumatisieren. Daher fordern wir, dass die Erstaufnahme in Horst geschlossen und an einen zentraleren Ort gelegt wird. Wir sind uns der Geschichte der Erstaufnahme bewusst und denken, dass es an der Zeit ist, dass Geflüchtete nicht weiter für das bestraft werden dürfen, was Rassist*innen vor fast 30 Jahren in Rostock Lichtenhagen getan haben. Eure Forderungen zu den Erstaufnahmen können wir daher alle unterstützen.

Wir wollen die Gemeinschaftsunterkünfte Verordnung novellieren. Dabei haben wir im Blick, dass es bei einer GU nicht nur um die Unterbringung von Geflüchteten geht. Denn eine GU ist häufig für Monate, manchmal auch für Jahre der Wohnraum einer Geflüchteten Person. Daher ist es uns wichtig, dass sie sich dort sicher fühlen kann und dass sie genug Platz hat, um sich auch mal zurückzuziehen. Und natürlich sollte jede Person, in ihrem*seinem Hause auch Zugang zu Internet haben.

Besonders wichtig ist uns dabei auch die Perspektive von Kindern. Kinder brauchen Platz zum Spielen und um sich zu entwickeln. Als GRÜNE wollen wir auch nicht länger dabei zu sehen, wie die große Koalition munter weiter Kinderrechte bricht. Denn jedes Kind hat ein Recht auf Bildung, dass dies Geflüchteten Kindern zum Teil verwehrt wird, ist ein Skandal. Aber auch Jugendliche Geflüchtete müssen bessere Bildungschancen erhalten.

Leider gibt es in MV GU's in den kaum noch Sozialarbeiter*innen arbeiten, sondern nur noch Sozialbetreuer*innen, um die Lohnkosten möglichst gering zu halten. Diese Entwicklung lehnen wir ab. Geflüchtete haben das Recht auf die bestmögliche Betreuung. Dazu gehört auch, dass das Personal sich regelmäßig weiterbildet. Jedoch, wollen wir auch nicht auf die Menschen verzichten, die sich durch Jahrelange Arbeit in dem Bereich, hervorgetan haben. Grade Ihnen muss die Möglichkeit zur Weiterbildung und Nachqualifizierung gegeben werden.

Auch in Sachen Gewaltschutzkonzepten stehen wir auf eurer Seite. Diese müssen nicht nur Vorgabe für den Betrieb einer GU sein. Viele GU's haben Gewaltschutzkonzepte, die Kommunen müssen die Einhaltung engmaschiger überprüfen. Gleiches gilt für die bauliche Endstandhaltung der Unterkünfte. Hier müssen die Betreiber*innen stärker in die Pflicht genommen werden.

Barrierefreiheit sollte eine Selbstverständlichkeit in Gemeinschaftsunterkünften sein. Wo dies noch nicht gegeben ist muss nachgerüstet werden. Wir erkennen auch an, dass

Bewohnende mit Handicap, sowie mit chronischer oder psychischer Erkrankungen einen Mehraufwand für das Personal vor Ort bedeuten. Daher unterstützen wir die Forderung nach einer Anpassung des Personalschlüssels. Zudem muss es mehr psychosoziale Zentren in MV geben.

Gerade für Queere Personen ist die Situation in einer Gemeinschaftsunterkunft häufig nicht einfach. Daher unterstützen wir eure Forderung, diese nur dort unterzubringen, wo es Unterstützungsmöglichkeiten gibt.